

## 6 Knappheit und ihre sozialen Folgen: Wahrscheinliche politische Reaktionen

Dieser Beitrag ist eine Übung im Vorhersagen. Er sagt die gesellschaftlichen Reaktionen von institutionell entwickelten Gesellschaften auf zwei mögliche Szenarien in den nächsten fünfzig Jahren voraus: für langfristiges Wachstum und für Nullwachstum oder Wachstumsrückgang aufgrund von Umweltproblemen. Letzteres werde ich als *Knappheit* bezeichnen. Das Knappheitsszenario wird jeweils ausführlicher untersucht, weil wesentlich mehr über die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum als über die Auswirkungen von Knappheit auf die Gesellschaft bekannt ist. Meine Analyse basiert auf einer Makrotheorie des sozialen Wandels, die ich über die Jahre entwickelt habe. (FINSTERBUSCH 1973, 1983) Meine Schlussfolgerung ist, dass Wirtschaftswachstum tendenziell wesentlich positivere Einflüsse auf die Gesellschaft hat als Knappheit. Wirtschaftswachstum stärkt im Allgemeinen Gleichheit, Integration, Demokratie, Gesetzesherrschaft und Freiheiten, während Knappheit eher zu einem Anstieg von Ungleichheit, Konflikt, Autoritarismus und Repression führt. Es ist jedoch nicht sicher, wie Nationalstaaten auf diese negativen Auswirkungen von Knappheit reagieren werden. Vorstellbar ist, dass die gesellschaftlichen Antworten auf Knappheit auch progressive Reformen beinhalten werden. Wahrscheinlicher erscheinen jedoch verhängnisvolle Reaktionen.

### **Auswirkungen von Wirtschaftswachstum und Knappheit auf Ungleichheit**

Durch die jüngst erfolgte Wirtschaftsglobalisierung wurde die Macht der Arbeitskraft im Verhältnis zum Kapital geschwächt; vorher war Ungleichheit durch Wirtschaftswachstum eine Zeit lang verringert, durch Knapp-

heit hingegen erhöht worden, wie Simon KUZNETS (1955) mit seinen sorgfältigen empirischen Arbeiten nachweisen konnte. Wirtschaftswachstum mag sich zwar bis zum 19. Jahrhundert negativ auf Gleichheit ausgewirkt haben, da die Mehrzahl der Bevölkerung in vielen Ländern auf dem Subsistenzniveau verharrt und der neue Reichtum hauptsächlich einer kleinen Elite zugute gekommen ist, trotzdem bewirkt Wirtschaftswachstum auf lange Sicht eine zunehmende Gleichheit. Wie Gerhard LENSKI (1966) in seinem Werk *Macht und Privileg* darlegt, liegt der Hauptgrund darin, dass Wirtschaftswachstum ein positives Klima für die Geschäftswelt erzeugt. Deshalb lohnt es sich für Arbeitgeber, Fachleute und gelernte Arbeiter/innen gut zu bezahlen, um durch die resultierenden Produktivitätssteigerungen ihr eigenes Einkommen zu vergrößern. LENSKIS These besagt, ökonomisch ausgedrückt, dass die wirtschaftliche Entwicklung nach einer gewissen Industrialisierungsschwelle zu abnehmenden oder sogar negativen Erträgen für die reiche Elite führt, weil diese den Überschuss monopolisiert. Er weist auch darauf hin, dass gelernte Arbeiter/innen nicht so sehr Gefahr laufen, ausgebeutet zu werden, wie ungelernete Arbeiter/innen, die mit der Gesamtheit aller ungelerneten Arbeiter/innen konkurrieren müssen. Ausgebildete haben eine bessere Verhandlungsposition, die sich in höheren Einkommen für die Mittelschicht ausdrückt. Schließlich erläutert LENSKI, auf welche Weise Wirtschaftswachstum das Entstehen von demokratischen Institutionen begünstigt und wie diese wiederum die politische Macht der unteren Gesellschaftsgruppen erhöhen, was sich gewöhnlich in einer günstigeren Unternehmenspolitik und wirtschaftlichen Leistungen für sie auswirkt.

Diese Argumente weisen darauf hin, dass die reiche Elite zu ihrem größeren absoluten Nutzen Konzessionen macht und die unteren Gesellschaftsgruppen den oberen durch demokratische Mechanismen Vorteile abringen. Ein weiterer ausgleichender Faktor ist ein genereller Zugang zur Bildung. Dadurch wird die Mittelschicht stark verbreitert, und die Beschäftigungsstruktur verbessert sich, sodass sich der breiteste Bereich der Gesellschaftspyramide von der Basis in die Mitte verlagert.

Wirtschaftswachstum erhöht auch die Gleichheit im Hinblick auf einen Wandel im Verbrauchersystem. Sobald die Unterschicht Gesundheitsfürsorge, Elektrizität, sanitäre Einrichtungen in der Wohnung, Kühl-

schränke, Telefone, Fernseher und unter Umständen sogar Autos erhält, wird die Konsumlücke zwischen den sozialen Schichten geringer. Die Reichen besitzen mehr und qualitativ hochwertigere Güter, doch der Lebensstil von unteren und oberen Gesellschaftsgruppen unterscheidet sich nicht so krass wie zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern in weniger entwickelten Ländern.

Im Gegensatz zu den positiven Effekten des Wirtschaftswachstums wirkt sich Knappheit negativ aus. Fachleute stimmen überein, dass Ungleichheit zu zunehmender Knappheit führt. Diese These wird von fünf Argumenten gestützt. Erstens sollte Knappheit, da sie das Gegenteil von Wirtschaftswachstum ist, auch die gegenteiligen Effekte haben. Wirtschaftswachstum führt zu mehr Jobs und besseren Verdienstmöglichkeiten. Durch diese Expansion können die ärmeren Gesellschaftsgruppen im Allgemeinen zwischen verschiedenen Arbeitsstellen wählen, und die Zahl der Arbeitskräfte, die wirklich ausbeuterische Arbeitslöhne akzeptieren müssen, sinkt. Dagegen schrumpft der Arbeitsmarkt als Folge der Knappheit, insbesondere für Ungelernte und bei den Niedriglohnjobs, und unter ungelerten Arbeitern nimmt die Konkurrenz um die verbleibenden, häufig unterbezahlten Arbeitsplätze stark zu. Wirtschaftswachstum schafft auch einen immer größeren Kuchen, aus dem verschiedenste Konzessionen an die ärmeren Gesellschaftsgruppen finanziert werden können, wie Sozialhilfe für die Bedürftigen und Fortbildung für die Arbeitslosen. Knappheit begrenzt hingegen die Möglichkeiten der Gesellschaft, sich um die Bedürfnisse der Einkommensschwachen zu kümmern. Auf politischer Ebene können die Forderungen der ärmeren Gesellschaftsgruppen nach besseren Lebensbedingungen in Zeiten der Knappheit nicht erfüllt werden, ohne die privilegierten Verhältnisse der reicheren Gesellschaftsgruppen zu gefährden. Da diese gewöhnlich beträchtliche politische Macht besitzen, werden die Forderungen der weniger Privilegierten wahrscheinlich nicht erfüllt. Der Mangel an Unterstützung kann ferner durch Behauptungen wie die folgenden gerechtfertigt werden: Eine derartige Umverteilungspolitik ziehe nur Ressourcen von denjenigen Menschen ab, die in das Wirtschaftswachstum investierten; folglich würde diese Umverteilungspolitik den unteren Gesellschaftsgruppen auf lange Sicht schaden (Trickle-down-Theorie). Wie war es, als das Wohlfahrtsprinzip in Zeiten

von Wirtschaftsdepressionen angewandt wurde? GURR (1985) verweist darauf, dass diese Politik immer davon ausging, die Depression sei nur kurzzeitig, und er argumentiert, dass eine relativ lang anhaltende Knappheit die Sozialpolitik sehr stark einschränken würde.

Die zweite Erklärung, warum sich Knappheit negativ auf Gleichheit auswirkt, liegt darin, dass Knappheit in eine Inflation mündet, die wiederum die ärmeren Gesellschaftsgruppen stärker trifft. Diese geben einen größeren Prozentsatz für Konsumgüter aus, die einen hohen Ressourcenverbrauch mit sich bringen und bei einer Knappheit deutlich teurer werden. Die reicheren Gesellschaftsgruppen kaufen größere Gütermengen pro Kopf, jedoch absolut betrachtet weniger. Sie geben auch mehr für Qualität aus, die den Wert der meisten Güter erhöht, ohne wesentlich mehr Ressourcen zu verbrauchen. Qualitätswaren müssen sich durch Ressourcenknappheit nicht so stark verteuern wie Güter geringerer Qualität. Zusätzlich kaufen die Reichen größere Immobilien und Anwesen, die bei Knappheit im Preis steigen, da sie beträchtliche Ressourcen erfordern; als Eigentümer profitieren die oberen Gesellschaftsgruppen jedoch, wenn diese Immobilien im Wert steigen. Die Armen aber zahlen Miete und müssen, selbst wenn sie ihre Arbeitsstelle behalten, eine deutliche Verminderung ihres Lebensstandards hinnehmen.

Die dritte Erklärung, warum Ungleichheit durch Knappheit verstärkt wird, ergibt sich daraus, dass sich die Privilegierten besser vor den negativen Auswirkungen der Knappheit schützen können. Sie organisieren sich schneller und effektiver, um ihre Interessen zu schützen und zu fördern. Manager und Leute mit angesehenen Berufen sowie gewerkschaftlich organisierte Arbeitskräfte besitzen eine gewisse Kontrolle über ihre Vergütungsbedingungen und werden versuchen, ihren Lohn der Inflationsrate anzupassen; dadurch beschleunigt sich die Inflation für die politisch und wirtschaftlich Schwachen sogar noch mehr.

Die vierte Erklärung ist, dass Personen, welche die Ressourcen kontrollieren, also überwiegend die Reichen, in Zeiten der Knappheit tatsächlich Gewinn machen, während der Rest der Bevölkerung leidet. Ähnlich wie Hausbesitzer und Vermieter durch Inflation und Knappheit gewinnen, profitieren auch die Personen, welche die knapp werdenden natürlichen Ressourcen kontrollieren.

Schließlich fußt die fünfte Erklärung auf den wenigen empirischen Studien, die Knappheit mit Ungleichheit in Zusammenhang bringen. Diese Studien zeigen, dass die Ressourcen bei einer Verknappung noch ungleichmäßiger verteilt werden. Insgesamt ist die empirische Korrelation von Knappheit und Ungleichheit nicht hoch. Der Konsens, der bei dieser These herrscht, beruht jedoch hauptsächlich auf dem Fehlen eines Gegenarguments.

### **Die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum und Knappheit auf Integration**

Wirtschaftswachstum fördert Integration, während Knappheit sie vermindert. Wirtschaftswachstum beseitigt Gruppenidentitäten und Konflikte zwischen Gruppen nicht vollständig, es mildert jedoch Konflikte, verringert gewalttätige Auswüchse und kanalisiert die Konflikte in politische Handlungen und kompromissfähige Forderungen. Wirtschaftswachstum führt zu der Erwartung, dass es jeder Generation besser gehen wird, deshalb gilt das System als vergleichsweise effektiv. Es gibt wenig Unzufriedenheit, und das System der Ungleichheiten, das man mit einem steigenden Lebensstandard assoziiert, wird nicht ernsthaft in Frage gestellt. Somit treten kaum Klassenkonflikte auf, und die Systemlegitimität ist hoch.

Die Auswirkungen der Knappheit sind genau entgegengesetzt. Obwohl weitgehende Übereinstimmung besteht, dass Knappheit die Integration wahrscheinlich verschlechtert, gibt es wiederum wenige empirische Beweise, da es in den letzten zweihundert Jahren in industrialisierten Ländern kaum langfristige Knappheit gegeben hat. Knappheit verringert die Integration, indem sie Wettbewerb, Konflikte und Unruhen verstärkt und die Effektivität der Regierung sowie die Systemlegitimität vermindert. Diese Folgen führen im Allgemeinen zu stärkerer Unterdrückung und untergraben oder schwächen die Demokratie. Um diese These zu stützen, sind fünf Erklärungsmöglichkeiten vorgeschlagen worden.

Erstens macht die Knappheit die positiven Auswirkungen, die das Wirtschaftswachstum auf die Integration ausübt, zunichte. Ein weiteres Problem des sich verkleinernden «Kuchens» ist die Tatsache, dass der Konflikt zwischen Klassen und Gruppen zu einem Nullsummenspiel wird,

in dem irgendjemand verlieren muss, wenn ein anderer gewinnt. Wenn der Wettkampf zu großen und kleinen Gewinnern führt wie bei der Verteilung des sich vergrößernden Kuchens, ist der Konflikt nicht so intensiv wie bei der Verteilung des Kuchens an Gewinner und Verlierer oder große Verlierer und kleine Verlierer. Zusätzlich beseitigt die Knappheit die Rechtfertigung der Ungleichheit, die besagt, die Ungleichheit sei nötig, um Wirtschaftswachstum zu schaffen. Wenn Wirtschaftswachstum aufgrund von Umweltengpässen unmöglich ist, verliert dieses Argument seine Kraft, krasse Ungleichheit wird unerträglicher und Konflikte nehmen zu.

Die zweite Erklärung, warum Knappheit zu verminderter Integration führt, ist von der Deprivationstheorie abgeleitet, wie Ted GURR (1970/72) sie in seinem Buch *Rebellion* entwickelt hat. Wenn die Knappheit nicht sehr langsam eintritt, sodass allmähliche Anpassung möglich ist, ruft sie starke Deprivationsgefühle hervor, da zwischen Wirklichkeit und Erwartung eine gewaltige Lücke klafft. Durch Deprivation geschürte Wut oder davon motivierte gemeinsame Aktionen lassen sich vielleicht zunächst einmal von politischen Institutionen weg auf Konkurrenten, Gegner oder in selbstzerstörerisches und asoziales Verhalten richten. Langfristig wird sich die Wut aber gegen das Gemeinwesen, die Mächtigen und das System der Ungleichheit wenden, und radikalere Forderungen und Formen des politischen Handelns werden allgemein an Legitimität gewinnen.

Die dritte Erklärung ist von Charles TILLYS Mobilisierungstheorie des kollektiven Handelns abgeleitet (siehe *From Mobilization to Revolution*, 1978). In Zeiten des Wirtschaftsrückgangs nimmt der Wettbewerb zu, und Gruppen, die sich organisieren, um ihre besonderen Interessen zu schützen oder zu fördern, werden wesentlich besser fahren als Individuen oder schlecht organisierte Gruppen. Diejenigen Menschen, die zuerst handeln, werden die meisten Leistungen erhalten, da die Regierung aufgrund der Knappheit bald keine Leistungen mehr gewähren kann. Ferner werden die Regierungen zunehmend mit Repression auf Herausforderungen antworten, da dies kurzfristig billiger ist als Zugeständnisse. Kollektives Handeln wird deshalb kostspieliger werden, aber die Kosten von Untätigkeit werden vermutlich noch schneller steigen. Knappheit spornt deshalb Interessengruppen an, sich zu organisieren, und verstärkt Konflikte zwischen einzelnen Gruppen. Tilly setzt auch die Kosten/Nutzen-Logik ein und

argumentiert, dass Knappheit Bedingungen fördert, die revolutionäre Konflikte massiv begünstigen, insbesondere eine abnehmende Unterstützung für die Regierung und den Wechsel der vorher nicht Festgelegten zu denen, die den Status quo anfechten.

Die vierte Erklärung konzentriert sich auf Legitimitätsprobleme von Regierungen in Zeiten des Wirtschaftsabschwungs. Unbeliebte Regierungen können in Zeiten des Wirtschaftswachstums häufig an der Macht bleiben, und die Öffentlichkeit schaut zu; ökonomisches Scheitern fördert jedoch in der Regel einen Zusammenbruch der Regierung und das Erstarken von Protestbewegungen. Etablierte Demokratien können sich gewöhnlich auf einen Grundstock an öffentlicher Unterstützung verlassen und mögen einen Wirtschaftsrückgang eine Zeit lang überleben. Mit der Zeit untergräbt die Knappheit jedoch auch die Legitimität, und sogar Demokratien werden Opfer von wachsenden Unruhen und autoritären Bewegungen (wie in den 1930er-Jahren).

Ein weiterer Zusammenhang zwischen Knappheit und schwindender Legitimität besteht in der Art von Regierungspolitik, die durch die Knappheit erforderlich wird. Sie verlangt Opfer. Die Menschen müssen die Kosten tragen und weniger verbrauchen, um die Umwelt zu schützen und sich an die Knappheit anzupassen; diese Politik ist stets unbeliebt, wie das Beispiel der öffentlichen Ablehnung von Präsident Carters Benzinsteuern (5 Cent auf etwa 4,5 Liter) während der Energiekrise in den späten 1970er-Jahren gezeigt hat. Deshalb ergreift eine Regierung wahrscheinlich viele relativ schmerzlose politische Maßnahmen, die das Problem nicht angemessen angehen; dadurch verschlimmert sich die Krise, und Lösungen werden immer teurer. Das Scheitern des Krisenmanagements verringert im Allgemeinen die Legitimität der Regierung und ruft Herausforderer auf den Plan.

Wir haben uns bisher hauptsächlich mit den entwickelten Demokratien beschäftigt. Wenn wir die Dritte Welt betrachten, kann die durch Knappheit bewirkte verschlechterte Integration verschiedener Gruppierungen zum Regierungssturz und zur Anarchie führen. Robert KAPLAN (1994) schildert die noch immer chaotische Situation in Westafrika anschaulich; vor diesem Hintergrund erscheint ein durch Knappheit hervorgerufener gesellschaftlicher Zusammenbruch in Staaten mit schwachen

Institutionen sehr plausibel. KAPLAN beschreibt Länder, wo die Regierung nachts Gesetz und Ordnung im größten Teil des Landes und sogar in vielen Teilen der Hauptstadt nicht garantieren kann.

Die fünfte Erklärung ist, dass Knappheit alle Brüche in der Gesellschaft verschärft. Die Verkleinerung des Kuchens intensiviert den Klassenkampf, wie wir schon oben diskutiert haben; Paul BLUMBERG fügt jedoch in *Inequality in an Age of Decline* hinzu, dass Knappheit «fast mit Sicherheit das Gesamtmaß an sozialer Ekelhaftigkeit» sowie alle Brüche verschlimmern und dabei «sozialen Konflikt inmitten eines generellen Gerangels nach Selbstbeförderung schaffen wird». (1980, 220) Weiterhin beschreibt er, wie sich Rassen- Geschlechter-, Bildungs-, Generations- und Regional-konflikte in den USA vermutlich intensivieren werden.

Häufig wird auch spekuliert, dass Kriege und internationale Konflikte bei Knappheit stark zunehmen werden. Nicht nur die mächtigen Nationen werden, wenn nötig, Militärgewalt einsetzen, um an die Ressourcen von schwächeren Nationen zu gelangen, sondern nach Robert HEILBRONER (1992) könnten auch weniger «entwickelte» Länder oder terroristische Gruppen Krieg führen oder reiche Länder unter Druck setzen, um einen größeren Anteil der weltweiten Reichtümer und Ressourcen zu fordern. Kernwaffen finden immer weitere Verbreitung, und nukleare Erpressung ist jederzeit möglich geworden. Wenn sich nationale und subnationale Identitäten stärker ausprägen, wird eine gewaltlose Konfliktlösung immer unwahrscheinlicher. Die Aussichten dieser Analyse sind Furcht erregend. Durch undichte Stellen in der früheren Sowjetunion kann man relativ leicht an kernwaffenfähiges Material gelangen, und die Herstellung von Atombomben ist für viele terroristische Gruppen technisch machbar. Biologische und chemische Waffen sind noch leichter zu erwerben, und ihre Wirkung kann sogar noch zerstörerischer als die von Atomwaffen sein. Experten erwarten, dass Anzahl und Ausmaß von terroristischen Aktionen noch zunehmen werden, und zwar selbst dann, wenn das Wirtschaftswachstum anhält. Mit ansteigender Knappheit steigt auch die Gefahr für die entwickelte Welt. Demokratische Länder werden Bürgerrechte verletzen und die Polizeimacht deutlich verstärken, um mit der Terrorismusgefahr fertig zu werden. Die Vereinigten Staaten werden wahrscheinlich weiter in Richtung Autoritarismus driften.



## Die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum und Knappheit auf die Demokratie

Wirtschaftswachstum stärkt die Demokratie, und Knappheit bedroht sie. Die Erklärung liegt teilweise an den positiven Effekten des Wirtschaftswachstums auf Gleichheit und Integration, die beide die Demokratie stärken. Wirtschaftswachstum vergrößert auch die Mittelschicht – die Gebildeten und den Prozentsatz der Bevölkerung, der etwas zu verlieren hat und daher durch politische Instabilität Nachteile hätte. Bei einer Gesellschaftspyramide, die in der Mitte am breitesten und nicht zwischen einer kleinen Elite und einer armen Massenbevölkerung polarisiert ist, haben Machthaber viel weniger zu befürchten, wenn sie bei einer Wahl die Regierungsmacht verlieren, da kein sehr radikaler Politikwechsel erfolgen würde. Gewöhnlich bedeutet die Existenz einer breiten Mittelschicht, die Konflikte dämpft, eine gemäßigte Politik unterstützt und insgesamt Extremisten ablehnt, dass es der Demokratie sehr gut geht. Wirtschaftswachstum und eine breitere Bildung stärken ferner intermediäre Organisationen und Toleranz gegenüber Mitbürgern mit unterschiedlichen Ansichten; beides ist für das Funktionieren einer Demokratie essenziell. Schließlich mindert Wirtschaftswachstum, wie oben ausgeführt, die Stärke von Konflikten und ermöglicht eine Problemlösung sowie das Aushandeln von Forderungen im Rahmen eines demokratischen Verhandlungsprozesses.

Es besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass Knappheit eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Ich werde fünf Erklärungen für diese Ansicht anführen. Erstens macht Knappheit, genau wie im Fall von Gleichheit und Integration, die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums auf die Demokratie zunichte. Sie führt jedoch nicht zwangsläufig zu den gegenteiligen Effekten. Sie verkleinert zum Beispiel nicht notwendigerweise den Umfang der Mittelschicht. Zudem könnte sie einen Radikalismus fördern, den eine breite Mittelschicht gewöhnlich verhindert. Knappheit verstärkt ferner Ungleichheit und verringert die Integration, wodurch die Demokratie wiederum bedroht oder geschwächt wird. Besonders gefährlich für ein Überleben der Demokratie sind die eskalierenden Konflikte und der Legitimitätsverlust als wahrscheinliche Folgen einer Ressourcenverknappung.

Die zweite Erklärung für die Schwächung oder Bedrohung der Demokratie durch Knappheit ist die Tatsache, dass Knappheit Probleme und Krisen schafft, die in einer Demokratie schwierig zu lösen sind. Wenn eine Demokratie dann versagt und die Probleme schlimmer werden, ist die Öffentlichkeit geneigt, die Demokratie zugunsten einer entschlossfreudigeren, energischeren, aktiveren und autoritäreren Regierung über Bord zu werfen. Die Stärke der Demokratie ist ihr Eingehen auf den Willen des Volkes. In Zeiten der Knappheit wird diese Stärke zur Schwäche. Wenn man dem Problem der Knappheit beikommen will, sind Opfer, Einschränkungen, Bestimmungen gegen ökologisch schädliches Verhalten und Zwang bei der Durchsetzung von ökologisch vorteilhaftem Verhalten notwendig. Damit macht man sich jedoch im Allgemeinen nicht beliebt. Deshalb erlassen Politiker/innen in demokratischen Systemen gewöhnlich nicht die notwendigen harten Gesetze, um nicht die Unterstützung ihrer Wähler/innen zu verlieren. Während der Ölkrise im Jahr 1973 reagierte die US-Regierung beispielsweise, indem sie die Höchstgeschwindigkeit auf 55 Meilen pro Stunde begrenzte und der Öffentlichkeit nahe legte, die Heizungsthermostate im Winter freiwillig niedriger einzustellen. Später gewährte die Regierung Steuernachlässe für einige Isolierungsmaßnahmen an Gebäuden und setzte Autos mit geringerem Benzinverbrauch durch, allerdings mit großzügiger Übergangsfrist. Größere Opfer, wie eine Erhöhung der Benzinsteuer um drei Dollar pro Gallon (4,5 Liter), wurden nicht einmal in Erwägung gezogen.

Die dritte Erklärung ist, dass Knappheit viele verfahrenstechnische Fragen aufwirft, die sich nur schwer mit Entscheidungsfindungsprozessen durch Mitbestimmung vereinbaren lassen. Eine fundierte Umweltpolitik erfordert beträchtlichen wissenschaftlichen Fachverstand, sodass viele wichtige Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen auf dem Verteilungssektor am besten von Experten getroffen werden. Deshalb ist zu erwarten, dass ein bestimmter Teil der Demokratie aus praktischen Gründen einer Technokratie weichen muss.

Die vierte Erklärung ist, dass Knappheit Furcht und potenziell sogar Panik erzeugen kann, was wiederum das Vertrauen in die demokratischen Institutionen untergraben könnte, das für deren reibungsloses Funktionieren ohne eine massive Demonstration von Stärke nötig wäre. Diese Ar-

gumentation ist zwar spekulativer als die anderen Argumente, jedoch sehr einleuchtend. HEILBRONER schreibt: *Wie die Historiker der alten und modernen Demokratien darlegen, führt der Druck der politischen Bewegungen in Zeiten des Krieges, ziviler Unruhen oder genereller Angst in Richtung Autorität und nicht von ihr weg. [...] Der Weg durch die vor uns liegende Herausforderung ist unter Umständen nur unter Regierungen möglich, die Gehorsam wesentlich effektiver erzwingen können als ein demokratisches System. Wenn es um das Überleben der Menschheit geht, werden solche Regierungen vielleicht nicht zu vermeiden, ja sogar unumgänglich sein.* (1992, 132–134)

Die fünfte Erklärung besagt, dass es die benachteiligten Gesellschaftsgruppen in Zeiten der Knappheit nicht schaffen, ihre Forderungen mit friedlichen Mitteln durchzusetzen, sodass sich einige radikaleren und sogar gewalttätigen Methoden zuwenden. Der Staat wird wahrscheinlich autoritärer und repressiver werden, um den entstehenden zivilen Konflikt unter Kontrolle zu halten.

Knappheit hätte noch viele weitere Auswirkungen auf die Gesellschaft, die ich in diesem kurzen Beitrag nicht alle behandeln kann. Ich möchte allerdings festhalten, dass die Literatur über Knappheit allgemein zu dem Schluss kommt, dass diese Folgen insgesamt negativ sein werden. Alles in allem habe ich nichts Positives über die Auswirkungen von Knappheit gefunden.

### **Gesellschaftliche Reaktionen auf Knappheit**

Wir müssen nicht besonders betonen, dass Vorhersagen über die gesellschaftlichen Reaktionen auf vergleichsweise langfristige Knappheiten spekulativ sind. Diese Vorhersagen sind von vielen Faktoren abhängig wie Natur und Ausmaß der Krise, öffentliche Bereitschaft zum Wandel, der Grad, in welchem sich die Regierung von der Kontrolle der Wirtschaftselite befreien kann, und die persönlichen Eigenheiten der Führungselite. Meine folgenden Bemerkungen sollen deshalb als Diskussionsansatz für dieses Thema im Hinblick auf demokratische kapitalistische Gesellschaften verstanden werden.

Man kann sicherlich vorhersagen, dass die Gesellschaft auf Probleme der Knappheit mit dem Sammeln von Informationen zu diesem Thema reagieren wird, da es wenig Widerstand gegen derartig billige und vergleichsweise wenig bedrohliche Maßnahmen gibt. Einige Leute werden nach wissenschaftlicher Forschung rufen, um den Zeitpunkt zum Handeln möglichst hinauszuschieben. Auch Einzelpersonen werden Informationen zu diesen Themen liefern, sodass öffentliches und privates Handeln das öffentliche Bewusstsein für dieses Thema sensibilisieren wird. In der Öffentlichkeit wird daher der Eindruck entstehen, die Umweltprobleme verschlimmerten sich zusehends und gemeinsames Handeln werde immer dringlicher.

Als zweite gesellschaftliche Reaktion sagen wir vorher, dass technische Innovationen angestoßen werden, um die Ressourcenknappheit zu vermindern und die Umwelt zu schützen. Unternehmen werden auf die steigenden Kosten der Ressourcen reagieren, indem sie Ressourcen sparende Technologien und Praktiken einsetzen. Die Marktkräfte werden die Entwicklung neuer, Ressourcen sparender Technologien anspornen. Andere Innovationen werden darauf zielen, die Umwelt auf eine Art zu schützen, die den gegenwärtigen Lebensstil nicht gefährdet. Viele Innovationen werden durch Subventionen oder Bestimmungen stimuliert, die Umweltverschmutzung, Wiederverwertung, Umweltschutz und gefährliche Substanzen betreffen. Politisch machbare Bestimmungen sind wahrscheinlich für die Industrie relativ billig oder werden allgemein als so wichtig angesehen, dass man den Widerstand der Industrie übergeht. Häufig sind Bestimmungen deshalb notwendig, damit es sich für die Industrie lohnt, neue Technologien und Praktiken für den Umweltschutz und eine effizientere Ressourcennutzung zu entwickeln. Weiterhin werden neue Technologien in der akademischen Forschung entwickelt, die von Regierung und Stiftungen mit Verträgen und Beihilfen unterstützt wird. Es ist wahrscheinlich, dass die Forschungsmittel für Umweltfragen mit steigendem öffentlichem Bewusstsein für die Krise beträchtlich erhöht werden.

Als dritte Reaktion sage ich eine Reihe von kleineren Verhaltensänderungen auf individueller Ebene voraus. Die Bürger/innen möchten immer stärker bei der Problemlösung mithelfen. Sie machen bei Wiederverwertungsprogrammen mit und tragen ihren Teil auf andere, vergleichsweise kostengünstige Weise bei.

Die wichtigste Frage ist, ob die oben aufgeführten Reaktionen ausreichen werden, um die ökologische Situation zu verbessern und die Gesellschaft auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Eine Wissenschaftlergruppe hält die Umweltprobleme für nicht so gravierend, wie hier dargestellt, und ist von einem ungeheuren Glauben an den Erfindungsreichtum und die Anpassungsfähigkeit des Menschen erfüllt. Nach Ansicht dieser Gruppe würden die oben vorgestellten Maßnahmen sehr viel zur Lösung tatsächlich existierender Probleme beitragen. Vielleicht wären ein paar für die Wirtschaft nicht zu unangenehme Regierungsentscheidungen ganz hilfreich, ein dramatischer Wandel wäre ihrer Ansicht nach jedoch nicht nötig. Diese Wissenschaftler/innen argumentieren, dass Umweltprobleme häufig von Umweltschützern übertrieben werden und beträchtliche Unsicherheit über Ausmaß und potenzielle Folgen bestehen. Sie sind zuversichtlich, was die Energiereserven betrifft, da die fossilen Energieträger den Energiebedarf angeblich bis weit in dieses Jahrhundert hinein decken und Kernfusion die nötige Energie liefern kann, wenn die Produktion von fossilen Brennstoffen abnimmt. Diese Ansicht ist zwar einleuchtend, aber hoch spekulativ; und sie vermag die meisten Menschen nicht davon zu überzeugen, dass die Umwelt *nicht* in der Krise steckt.

Eine zweite Gruppe von Forschenden hält die Umweltkrise für wesentlich schlimmer als von den Optimisten analysiert, macht aber Handlungsvorschläge, die nur minimal in die Wirtschaft eingreifen und der Öffentlichkeit nur geringe Verhaltensänderungen abverlangen. Die Empfehlungen von Al GORE (1992) in seinem Buch *Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde* werden als «Globaler Marshallplan» bezeichnet, um ihren Wagemut anzudeuten. Doch die Vorschläge beziehen sich hauptsächlich auf Marktangleichungen, freiwillige Maßnahmen und sehr gemäßigte Änderungen der Regierungspolitik, die erlauben, bei umweltschädigendem Verhalten Subventionen rückgängig zu machen und mehr Anreiz für umweltfreundliche Maßnahmen zu schaffen. GORE betont außerdem die Wichtigkeit von Informationsbeschaffung und Lernprozessen. Sein Programm ist für die mittlerweile Regierungsverantwortlichen in Washington inakzeptabel; es tut jedoch niemandem wirklich weh. Bis auf die Kontrolle des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt werden in

seinem Plan alle wirklich schmerzhaften, aber notwendigen Maßnahmen vermieden. Ähnlich sind auch Lester BROWN, Christopher FLAVIN und Sandra POSTEL in ihrem Buch *Zur Rettung des Planeten Erde. Strategien für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft* (1991) mit ihren Vorschlägen vorsichtig. Beide Bücher bieten trotzdem viele hilfreiche Strategien und Maßnahmen, um Umweltprobleme politisch anzugehen.

Eine wesentlich größere Wissenschaftlergruppe, die sich mit dem Thema *nachhaltige Gesellschaft* befasst, glaubt nicht wie die Optimisten, dass neue Technologien und geringfügige Verhaltensänderungen die Knappheit bezwingen werden. Ebenso wenig denkt diese Gruppe wie GORE und BROWN, FLAVIN und POSTEL, dass ein ehrgeiziges Umweltprogramm der Regierung, das bedeutende Kosten vermeidet, dieses Ziel verwirklichen kann. Die meisten Wissenschaftler/innen stimmen überein, dass ein tiefer greifender Wandel nötig ist, um wirkliche Nachhaltigkeit zu erreichen. Wenn man diesem Gedankengang folgt, ist die Kernfrage, welche zusätzlichen Reaktionen wahrscheinlich oder überhaupt machbar sind. Werden die Menschen ihren Lebensstil so verändern, dass es für sie ein Opfer bedeutet? Werden Unternehmen Profite riskieren, um die Umwelt zu schützen? Werden Regierungen eine harte Umweltgesetzgebung beschließen? Die vorherrschende Antwort dieser Forscher/innen auf alle drei Fragen lautet: «Nein!»

Diese pessimistische Sicht basiert auf vier Argumenten: dem Problem der öffentlichen Güter und dem Trittbrettfahrerproblem, dem Problem des «Das Geschäft des Geschäfts ist Profit», dem Problem, dass Spezialinteressen harte neue politische Entscheidungen verhindern können, und dem Problem, dass die Öffentlichkeit schmerzhaft Lösungen nicht unterstützt. Das Problem der öffentlichen Güter liegt darin, dass es nicht im rationalen Selbstinteresse von Einzelpersonen oder Nationen liegt, freiwillig ein Opfer für die Umwelt oder den Schutz nicht erneuerbarer Energiequellen zu bringen, da sie gegenüber anderen, die die Umwelt weiterhin ausbeuten oder die seltenen Ressourcen verbrauchen, in Nachteil geraten. Die Menschen werden nicht freiwillig weniger mit dem Auto fahren, um Erdöl zu sparen; sie müssen hierzu durch hohe Benzinsteuern oder Benzinrationierung gezwungen werden. Nationen werden ihren Verbrauch an fossilen Energieträgern nicht freiwillig verringern, um die globale Erwär-

mung zu verlangsamen, wenn andere Nationen nicht dasselbe tun, denn die sparsamen Länder hätten hohe Kosten, ohne daraus mehr Nutzen zu ziehen als Länder, die diese Kosten einsparen.

Das Argument des «Das Geschäft des Geschäfts ist Profit» macht geltend, dass Lösungen für Umweltprobleme nicht von der Wirtschaftswelt kommen werden, wenn die Regierungspolitik nicht den Anreiz dafür schafft. Ohne äußeren Einfluss wird die Geschäftswelt alles beim Alten lassen, um Geld zu sparen, und Technologien erfinden, die ihr dabei helfen, mit weniger mehr zu erreichen; sie wird jedoch weder aufhören, schädliche Dinge zu tun, die ihr nützen, noch wird sie «richtige» Dinge tun, die Kosten verursachen. Die Wirtschaft muss durch Regierungsbeschlüsse zu diesen Dingen gezwungen werden, doch wenn wir das dritte Argument berücksichtigen, wird sie die Durchsetzung derartiger Entscheidungen verhindern, und dem vierten Argument zufolge wird die Öffentlichkeit diese Entscheidungen ebenfalls ablehnen. Die meisten Fachleute schätzen deshalb die Fähigkeit der Regierung zur Einführung der notwendigen Maßnahmen pessimistisch ein. Sie glauben daher, dass sich die Umweltprobleme verschlimmern werden, bis eine akute Krise zum Richtungswechsel zwingt. Es ist vorhersehbar, dass demokratische Gesellschaften dann, wie bereits oben gesagt, wesentlich autoritärer werden.

Ein wahrscheinliches Ergebnis von langfristiger Knappheit wird folglich die Schwächung und letztendlich der Tod der Demokratie sein. Unter den richtigen Umständen könnten die Demokratien jedoch überleben. Wenn eine Demokratie einen ziemlich hohen Grad an Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklicht hat und sich in einer schweren Krise befindet (einer Krise, die allgemein als so schlimm gilt, dass radikale Veränderungen nötig sind, um eine sichere Katastrophe abzuwenden), und wenn sie ferner von einer charismatischen Persönlichkeit angeführt wird, dann könnte diese Demokratie entschieden und einheitlich handeln, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Der hohe Grad an Gleichheit und Gerechtigkeit ist notwendig, damit es nicht zu destruktiver Polarisierung und Konflikten kommt. Die «richtige» Art von Krise ist die dramatische und plötzliche, da Demokratien in Notfällen, wie in Kriegen oder Wirtschaftskrisen, entschieden handeln können. Die Alltagspolitik mit ihren Konflikten, ihrem ständig wachsenden Wohlstand und ihrer relativen Machtlosigkeit wäre

zeitweilig aufgehoben, solange Interessengemeinschaften und Parteien ihre gegensätzlichen Interessen zurückstellten und der Führung erlaubten, das Land zu retten und das Gemeinwohl zu verfolgen.

Wir können zusammenfassen: Die gesellschaftliche Reaktion auf Knappheiten wird unter anderem Forschung zu den aufgeworfenen Fragen, technologische Innovationen und kleinere Verhaltensänderungen umfassen. Diese Reaktionen sind deshalb wahrscheinlich, weil sie kaum auf Ablehnung stoßen werden. Ich sage außerdem (in Übereinstimmung mit den meisten Beobachtern) voraus, dass diese Reaktionen mit der durch Umweltprobleme verursachten Knappheit nicht angemessen fertig werden können, sodass die Demokratien in schwere Krisen geraten werden und die resultierenden politischen Unruhen vermutlich, aber nicht unausweichlich, in autoritären Systemen münden werden.

### **Wege aus der Krise: Sozialer und politischer Wandel ist für eine nachhaltige demokratische Gesellschaft notwendig**

Ich stelle jetzt einige Ideen zu größeren institutionellen Veränderungen vor, die eine nachhaltige demokratische Gesellschaft schaffen. Jede hätte viele tief greifende Auswirkungen, die hier nicht erläutert werden können; es handelt sich also nur um Diskussionsvorschläge, die insbesondere auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten zugeschnitten sind.

Der erste Schritt für eine tragfähige Demokratie ist, die Befugnis der Regierung derart zu erweitern, dass diese die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen kann, folglich eine nationale Industriepolitik. Häufig wird zu diesem Zweck als vierter Arm der Regierung eine Planungsbehörde vorgeschlagen. Aufgabe dieser Behörde wäre es, langfristige Pläne für Amerikas Zukunft zu machen, dem Kongress Gesetze vorzuschlagen, um den Rahmen notwendiger Beschränkungen durchzusetzen, und die für diese Pläne und Gesetze notwendige Forschung zu fördern.

Die zweite Erfordernis für eine tragfähige Demokratie ist, die Macht der Konzerne über die Regierung zu verringern und die Macht der größeren Konzerne zumindest in gewissem Maße öffentlich zu kontrollieren. Großkonzerne stellen heutzutage die größte Gefahr für die pluralistische



Demokratie dar und sind für sehr viele Umweltschäden verantwortlich. Zurzeit besitzen sie eine Macht, die sich niemandem gegenüber verantworten muss. Eine Reform der Wahlkampffinzen ist erforderlich, um den Einfluss der Konzerne auf die Regierung zu verringern; und ich schlage zwei Reformen vor, um die Konzerne zu zwingen, vermehrt Rechenschaft abzulegen. Diese Reformen würden jedoch auf sehr großen Widerstand von Seiten der Konzerne stoßen. Die erste Reform ist ein *federal chartering* (gesamtstaatliche Erfassung und Vergabe von Konzessionen in einer Art Kammer) aller Konzerne, die zwischenstaatliche Geschäfte abwickeln und über eine gewisse Mindestgröße hinausgehen. Zurzeit werden Konzerne von den Bundesstaaten registriert, und der Wettbewerb der Bundesstaaten um die Konzerne hat dazu geführt, dass die legale staatliche Aufsichtsfunktion vernachlässigt wird. Der daraus entstandenen mangelnden Verantwortlichkeit der Konzerne kann durch *federal chartering* und die Bedingung abgeholfen werden, dass Konzerne nur dann eine Konzession erhalten, wenn sie nachweislich zum Nutzen der Öffentlichkeit arbeiten. Auf diese Weise könnten Umweltfolgen, Werkschließungen, Sicherheitsmaßnahmen, Arbeitsbedingungen usw. überwacht und die Konzerne effektiver diszipliniert werden.

Eine weitere Reform richtet sich gegen Konzerne, die über eine bestimmte Mindestgröße hinausgehen und zwischenstaatliche Geschäfte abwickeln. Diese Unternehmen würden ihre Steuern an die Regierung in Form von Aktien anstelle von Geld zahlen. Auf diese Weise würde der Aktienanteil der Firma allmählich sinken, bis die Regierung 50 Prozent der Aktien besäße. Dann würde das, was zum Beispiel General Motors nützt, auch den Vereinigten Staaten nützen. Der Aufsichtsrat würde umstrukturiert, sodass auch Vertreter der Regierung, der betroffenen Gemeinden und anderer Interessengruppen beteiligt wären. Auf diese Weise würden nicht länger nur die Profite berücksichtigt werden, obwohl der Gewinn nach wie vor das Hauptziel des Konzerns bliebe.

Die oben genannten Reformen betreffen Kapazitäts- und Fairnessfragen der politischen Ökonomie, jedoch keine Reformen, die sich direkt mit Umweltproblemen befassen. Herman DALY hat in seinem Buch *Steady-State Economics: The Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth* (1977) die wichtigsten Empfehlungen entwickelt, die auch hier

(und in vielen anderen Listen mit Vorschlägen zur Nachhaltigkeit) aufgeführt werden. Es sind: 1. Festsetzen einer Mindest- und Höchstgrenze für Einkommen und einer Höchstgrenze für Reichtum, um überbordenden Konsum zu dämpfen und Ungleichheit zu lindern; 2. von der Regierung festgesetzte übertragbare Geburtslizenzen, um ein Nullbevölkerungswachstum zu erreichen; 3. Verknappungsquoten für alle nichterneuerbaren Ressourcen, die von der Regierung zur Regelung des jährlichen Verbrauchs festgesetzt und an Ressourcenaufkäufer versteigert werden.

Die Geburtslizenzen ermöglichen es jedem Paar, zum Beispiel zwei Kinder zu haben. Wenn es mehr Kinder wünscht, muss es eine Lizenz von jemandem kaufen, der nicht beide Lizenzen benötigt. Die Quoten würden die Erschöpfung der Ressourcen verlangsamen und zu höheren Preisen führen, wodurch Effizienz und Innovation gefördert würden. Alle drei Verfahren würden den Rahmen notwendiger Beschränkungen vorgeben, aber nicht in die Mikroprozesse eingreifen, die durch die freien Märkte und individuelle Wahlfreiheit innerhalb des gesteckten Rahmens reguliert würden.

Weil Land die wichtigste natürliche Ressource eines Staates ist, betrifft der letzte Vorschlag einen nationalen Landnutzungsplan, der mit den Landnutzungsplänen der einzelnen Bundesstaaten koordiniert ist. Die Interessengemeinschaft der Grundbesitzer würde diese Politik vehement bekämpfen, um ihre finanziellen Interessen bei der Landnutzung oder dem Landverkauf zu Höchstpreisen zu wahren. Dennoch ist es notwendig, Agrarland, Wälder und komplexe Ökosysteme zu erhalten sowie die verschiedensten Umweltprobleme anzugehen. In städtischen Gebieten muss eine Zonierung eingeführt werden, die mittlerweile aus ähnlichen Gründen auch in anderen Gebieten nötig ist. Gegenwärtig geht die Landnutzung dahin, dass sich die Wohnsiedlungen der Bevölkerung immer mehr ausdehnen (Zersiedelung), was zu hohem Energie- und Transportaufwand, Infrastrukturproblemen und steigender Zerstückelung von Ökosystemen führt.

Diese Vorschläge sind nach heutigen Maßstäben des politischen Wandels radikal. Sie könnten nur in einer akuten Umweltkrise durchgesetzt werden. Zum Erreichen von Nachhaltigkeit wären noch viele andere Veränderungen nötig wie eine umfassende Neuausrichtung des Kultur- und

Wertesystems – weg von der Betonung des materiellen Konsums und des Individualismus und hin zu einer Betonung von Umweltvitalität, innerer Entwicklung und Solidarität. Ich werde jedoch nicht weiter auf die Veränderungen eingehen, die zum Erreichen der nachhaltigen Gesellschaft nötig sind, denn das Problem ist nicht mangelndes Wissen um die Notwendigkeiten, sondern die zurzeit fehlende Unterstützung für die dringend erforderlichen Veränderungen.

### Weiterführende Literatur

- BLUMBERG, Paul. 1980. *Inequality in an Age of Decline*. New York: Oxford Univ. Press.
- BROWN, Lester, Christopher FLAVIN und Sandra POSTEL. 1991. *Saving the Planet: How to Shape an Environmentally Sustainable Global Economy*. New York: W. W. Norton. – Deutsche Ausgabe 1992. *Zur Rettung des Planeten Erde. Strategien für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft*. Frankfurt: Fischer.
- BROWN, Lester, und Hal KANE. 1980. *Building a Sustainable Society*. New York: W. W. Norton.
- DALY, Herman E. 1977. *Steady-State Economics: The Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth*. San Francisco: Freeman.
- FINSTERBUSCH, Kurt. 1973. «The Sociology of Nation States: Dimensions, Indicators, and Theory.» In *Comparative Social Research: Methodological Problems and Strategies*, herausgegeben von Michael Armer und Allen Grimshaw, 417–466. New York: John Wiley and Son.
- FINSTERBUSCH, Kurt. 1983. «Consequences of Increasing Scarcity on Affluent Countries.» *Technological Forecasting and Social Change* 23: 59–73.
- GORE, Al. 1992. *The Earth in Balance: Ecology and the Human Spirit*. Boston: Houghton Mifflin. – Deutsche Ausgabe 1994. *Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde*. Frankfurt: Fischer.
- GURR, Ted Robert. 1985. «On the Political Consequences of Scarcity and Economic Decline.» *International Studies Quarterly* 29: 51–75.
- HEILBRONER, Robert. 1992. *An Inquiry into the Human Prospect: Looked at Again for the 1990s*. New York: W. W. Norton.
- KAPLAN, Robert D. 1994. «The Coming Anarchy.» *Atlantic Monthly* (Feb.): 44–76.
- LENSKI, Gerhard. 1966. *Power and Privilege. A Theory of Social Stratification*. Chapel Hill: University of North Carolina Press. – Deutsche Ausgabe 1973. *Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- MILBRATH, Lester W. 1989. *Envisioning a Sustainable Society: Learning Our Way Out*. Albany: State Univ. of New York Press.
- OPHULS, William, und A. Stephen BOYEN, Jr. 1992. *Ecology and the Politics of Scarcity Revisited: The Unraveling of the American Dream*. New York: W. H. Freeman.
- SCHNAIBERG, Allan, und Kenneth Alan GOULD. 1994. *Environment and Society: The Enduring Conflict*. New York: St. Martin's Press.
- TILLY, Charles. 1978. *From Mobilization to Revolution*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.